

Bein, Simon

Book Review — Published Version

[Rezension] Poguntke, Thomas, Wilhelm Hofmeister (Hrsg.) (2024): Political Parties and the Crisis of Democracy. Organization, Resilience, and Reform

Politische Vierteljahresschrift

Provided in Cooperation with:

Springer Nature

Suggested Citation: Bein, Simon (2025) : [Rezension] Poguntke, Thomas, Wilhelm Hofmeister (Hrsg.) (2024): Political Parties and the Crisis of Democracy. Organization, Resilience, and Reform, Politische Vierteljahresschrift, ISSN 1862-2860, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Wiesbaden, Vol. 66, Iss. 4, pp. 949-952,
<https://doi.org/10.1007/s11615-025-00608-8>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/330901>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>



Poguntke, Thomas, Wilhelm Hofmeister (Hrsg.)
(2024): *Political Parties and the Crisis of Democracy.*
Organization, Resilience, and Reform
Oxford/New York: Oxford University Press. 640 Seiten. £ 130.00

Simon Bein

Angenommen: 28. Februar 2025 / Online publiziert: 11. März 2025
© The Author(s) 2025

Die Krise politischer Parteien ist in den letzten Jahren zu einem Gemeinplatz der politikwissenschaftlichen Parteienforschung geworden. Gleichwohl wird oftmals übersehen, dass die Anzeichen dafür auf den zweiten Blick weniger eindeutig sind als vermutet. Trotz Mitgliederschwunds, teilweise erheblicher Stimmenverluste etablierter Parteien, zunehmender Volatilität im Wahlverhalten und wachsender Fragmentierung der Parteiensysteme ist Demokratie ohne politische Parteien noch nicht wirklich denkbar. Wir diskutieren zwar über direktdemokratische und deliberative Stärkungsmöglichkeiten der Partizipation und Responsivität, etwa in Form von Bürgerräten und Volksinitiativen, aber die Sozialisation und Rekrutierung politischen Personals, die Bereitstellung programmatischer Vorlagen sowie die effektive Regierungssteuerung übernehmen nach wie vor primär politische Parteien. Klar ist allerdings auch, dass die Parteienforschung hier tendenziell einem Western Bias unterliegt: Die Idealvorstellung stabiler Parteiendemokratie ist stark vom goldenen Zeitalter der 1960er- und 1970er-Jahre geprägt, als beispielsweise CDU/CSU und SPD in Deutschland fast das gesamte Elektorat integrieren konnten und über Mitgliederzahlen jenseits der Millionenmarke verfügten. In den meisten außereuropäischen Demokratien können politische Parteien nicht auf ein solches Fundament bauen, sind die gesellschaftlichen Konfliktlinien weniger konturiert und die institutionellen Bedingungen des Parteienwettbewerbes anders gelagert.

Die Rede von der Krise politischer Parteien hängt also zunächst erheblich davon ab, was der Maßstab des Vergleiches ist. Gleichmaßen gilt das für die Frage nach der Krise der Demokratie. Sind die beschriebenen Entwicklungen der Parteien und Parteiensysteme in den westlichen Demokratien Symptom einer Krise der Demokratie insgesamt oder möglicherweise deren Ursache? Was können wir von

✉ Simon Bein
Universität Regensburg, Regensburg, Deutschland
E-Mail: Simon.Bein@politik.uni-regensburg.de

den Befunden nicht-europäischer Parteiensysteme lernen, die kein goldenes Zeitalter der Massen- und Catch-all-Parteien erlebt haben? Der von *Thomas Poguntke* und *Wilhelm Hofmeister* von der Universität Düsseldorf herausgegebene Sammelband „Political Parties and the Crisis of Democracy. Organization, Resilience, and Reform“ aus dem Jahr 2024 formuliert dieses zentrale Erkenntnisinteresse: „We ask why parties fail today, why new parties emerge and displace old parties, and also what parties need to do in order to survive cutthroat competition, above all with new (and sometimes not so new) variants of populist parties“ (S. 3).

Neben zwei einleitenden und einem abschließenden Kapitel enthält der Band 23 Fallstudien aus Europa (inklusive Mittel- und Osteuropa sowie Israel und Türkei), Afrika, Asien und Lateinamerika. Die Beiträge orientieren sich dankenswerterweise alle am gleichen Untersuchungsrastraster und arbeiten neben einem Überblick über die Entwicklung des jeweiligen Parteiensystems die Bereiche Parteiorganisation, Verbindungen der Parteien in die Gesellschaft, Struktur der Wählerschaft, interne Einheit bzw. Fragmentierung der Parteien sowie Parteikommunikation heraus. Am Schluss eines jeden Länderkapitels wird nochmals auf die übergeordnete Frage zur Rolle der politischen Parteien für Stabilität, Krise und Zukunft der Demokratie eingegangen. Ein Zusatzkapitel von *Wilhelm Hofmeister*, der lange für die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Lateinamerika tätig war, setzt sich praktisch und theoretisch mit dem Thema der internationalen Entwicklungsunterstützung (Party Assistance) für politische Parteien, zum Beispiel durch die KAS oder das amerikanische National Endowment for Democracy (NED), auseinander.

Der Gesamtbefund des Bandes wird im Kapitel von *Thomas Poguntke*, *Paul Webb* und *Susan E. Scarrow* vorgestellt. Zentral ist zunächst die Erkenntnis, dass die Entwicklung von politischen Parteien immer gleichzeitig das Ergebnis eigener Entscheidungen und der jeweiligen nationalen Kontextbedingungen (institutionell, kulturell, ökonomisch etc.) ist. So hat sich beispielsweise die europäische Finanz- und Wirtschaftskrise in Portugal (siehe dazu den Beitrag von *Marina Costa Lobo*) anders beziehungsweise weniger heftig auf das Parteiensystem ausgewirkt als in Griechenland (hierzu der Beitrag von *Costas Eleftheriou*), obwohl beide Länder die wirtschaftlichen Folgen vehement zu spüren bekamen. Das portugiesische Parteiensystem ist von einer vergleichsweise hohen Stabilität geprägt (S. 205). Erst jüngst hat sich mit der Partei Chega eine rechtspopulistische Herausfordererpartei gegründet, während in Griechenland der Absturz der sozialdemokratischen PASOK von über 40 % 2009 auf unter 5 % 2015 und der Aufstieg der linken Sammlungspartei SYRIZA direkt mit der Finanz- und Wirtschaftskrise in Verbindung gebracht werden kann. Dass allerdings selbst unter diesen Bedingungen wie in Griechenland politische Parteien fortbestehen, deutet *Eleftheriou* optimistisch als Zeichen allgemeiner Resilienz (S. 172).

Außerdem hängen die institutionellen, programmatischen und gesellschaftlichen Faktoren immer zusammen, weshalb Generalisierungen schwierig sind, so ein weiteres Gesamtfazit. Am ehesten gelingt dies bei der Identifikation regionaler Unterschiede: Während in Westeuropa der Parteienwettbewerb lange auf stabilen Cleavages basierte und von integrativen Großparteien und deren bipolarer Regierungsalternanz strukturiert wurde, verfügten Parteien in Mittel- und Osteuropa als Langzeitfolge des kommunistischen Herrschaftssystems auch zu keinem früheren Zeitpunkt über eine

derartige soziale Verankerung. Das beeinflusst bis heute die höhere Dynamik und Fluidität der Parteien und Parteiensysteme (siehe hierfür die Beiträge zu Tschechien von *Tomáš Cirhan* und *Petr Kopecký* oder Polen von *Wojciech Gagatke*). Wenn also beispielsweise in Polen seit der Transformation 1991 die Wahlbeteiligung immer nur zwischen 40 und 50 % und die Parteimitgliedschaftsrate bei 1 % lag, kann nicht von einer akuten Krise der politischen Parteien gesprochen werden. Gleichwohl zeigt der polnische Fall, dass eine stark zentralisierte Partei mit geringer lokaler Verwurzelung wie die PiS leichter zu einem Erosionsagenten liberaler Demokratie werden kann (S. 256). Einschränkend sei angemerkt, dass auch nicht alle westeuropäischen Parteiendemokratien diesem Bild entsprechen, wie *Elodie Fabre* im Beitrag zu Frankreich aufzeigt: Die französischen politischen Parteien sind traditionell schwache Organisationen, mit geringer Mitgliederzahl und wenig sozialer Verankerung, was sich durch die Entwicklungen der letzten Jahre nochmals verstärkt hat. Allerdings will auch *Fabre* nicht so weit gehen und ein Ende der Parteiendemokratie ausrufen (S. 76).

Die Beiträge zu Lateinamerika zeigen wiederum, wie sich in präsidentiellen Systemen auch die Logik des Parteienwettbewerbs und der internen Organisationsstruktur politischer Parteien verändert (exemplarisch der Beitrag von *Silvana Krause* und *Bruno Marques Schaefer* zu Brasilien). Die Personalisierung und die extreme Fokussierung auf einzelne Personen fallen hier deutlich höher aus, Parteien fungieren in der präsidentiellen Legitimationskette stärker als Wahlhilfsverein für politische Führer. Afrikanische Parteien werden wiederum stärker durch ethnische Spaltungen und klientelistische Strukturen dominiert und basieren weniger auf dem ideologischen Wettbewerb zwischen klaren programmatischen Alternativen. In Asien ist die Varianz vor allem beim Institutionalisierungsgrad der Parteien beträchtlich. *Takayoshi Uekami* und *Junpei Yamaguchi* zeigen für den japanischen Fall, wie zahlreiche Reformen (des Wahlrechts, der Parteienfinanzierung etc.) die Effizienz und Responsivität des lange Zeit einseitigen Parteienwettbewerbs erhöhen sollten, aber die liberaldemokratische Partei LDP dennoch ihre dominante Stellung weitestgehend behalten konnte. Dies führte zu einer Kontinuität relevanter Schwächen japanischer Parteiendemokratie (S. 443).

Alles in allem besteht Einigkeit der einzelnen Beiträge darüber, dass eine fehlende bzw. sinkende gesellschaftliche Verwurzelung politischer Parteien, die als intermediäre Vermittler das Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft sein sollen, problematisch für die Stabilität von Demokratien ist (S. 588). Hier ist eher eine Angleichung westeuropäischer Parteien und Parteiensysteme an die außereuropäischen Fälle zu beobachten: stärkere Personalisierung, die durch den Ausbau plebiszitärer Strukturen der Kandidaten- und Führerauswahl zum Ausdruck kommt (was sich wiederum negativ auf die parteiinterne Demokratie und die Bedeutung der einzelnen Mitglieder auswirkt), die größere Abhängigkeit und Inanspruchnahme staatlicher Ressourcen (entsprechend der These der Kartellisierung) sowie die Volatilität und Fragmentierung der Parteiensysteme als Ausdruck der geringeren Bindungskraft einzelner Parteien.

Der Sammelband besticht durch die breite geografische Abdeckung bestehender Demokratien und ihrer Parteiensysteme weltweit. Die entsprechenden Beiträge sind für die Leser*innen immer nachvollziehbar und gleich strukturiert und behandeln sowohl das Parteiensystem aus Vogelperspektive als auch die interne Struktur der

wichtigsten Parteien. Damit ist der Band ein idealer Ausgangspunkt, um sich tiefer in einzelne Länderstudien einzuarbeiten sowie sich ausgehend von den Gesamtbefunden mit allgemeinen Entwicklungen und Trends in diesem Bereich zu beschäftigen. Etwas zu kurz kommt hingegen die Leitfrage nach der Krise der Demokratie. In den Einzelbeiträgen wird dies meist am Ende der Texte angeschnitten (zum Beispiel im Beitrag von *Enrico Calossi* und *Eugenio Pizzimenti* zu Italien), aber eine systematische Anbindung der Ergebnisse an die Befunde zur Erosion und Regression der Demokratie und die Entwicklung der Demokratiequalität fehlt. Auch das Vergleichskapitel zum Abschluss könnte noch ausführlicher Querverweise, Unterschiede und Gemeinsamkeiten darstellen, so werden immer nur ein, zwei exemplarische Verweise genannt. Dennoch überwiegen klar die Vorteile dieser umfassenden und systematischen Darstellung aktueller Befunde aus 23 Demokratien und ihren Parteiensystemen, um die wissenschaftliche Debatte zur Krise und Zukunft politischer Parteien voranzubringen.

Funding Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen. Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

Hinweis des Verlags Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.